

mokratiestiftung sich an der Idee der sozialen Gerechtigkeit orientieren muß, wenn sie glaubwürdig bleiben soll.

Walter Euchner, Göttingen

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik, hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Hans Booms. Das Kabinett von Schleicher. 3. Dezember 1932 bis 30. Januar 1933, bearb. von Anton Golecki, Harald Boldt Verlag, Boppard am Rhein 1986, LXX, 361 S., Ln., 72 DM.

Sensationen darf der Leser von dem hier anzuzeigenden Band nicht erwarten: Die Akten des letzten Weimarer Reichskabinetts sind schon von vielen Historikern ausgewertet worden, und einige Schlüsseldokumente liegen auch bereits gedruckt vor. Dennoch ist die Edition ein wichtiges Ereignis für die zeitgeschichtliche Forschung. Der von Anton Golecki bearbeitete Band vermittelt ein facettenreiches und tiefenscharfes Bild von der deutschen Politik in den letzten beiden Monaten der Weimarer Republik. Die Vorgeschichte der Machtübertragung an Hitler braucht nicht umgeschrieben zu werden, aber sie läßt sich jetzt genauer nachzeichnen als bisher.

In der Einleitung skizziert Golecki die Konstellation, der das Kabinett von Schleicher seine Berufung verdankte: Anders als der noch amtierende Reichskanzler von Papen wollten der Reichswehrminister von Schleicher und die meisten übrigen Ressortchefs Ende November 1932 noch nicht alles auf die Karte eines übergesetzlichen Staatsnotstands setzen, sondern zunächst einen letzten Versuch unternehmen, dem Präsidialregime einen Rückhalt in den Massen zu geben. Zu den Organisationen, bei denen Schleicher dabei *relativ* erfolgreich war, gehörten die Freien Gewerkschaften. Die in der Literatur noch immer grassierende Legende, die Führung der SPD habe dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Fortsetzung seiner Kontakte zum neuen Reichskanzler untersagt, wird durch die vorliegende Publikation widerlegt. Tatsächlich gab es bis in die letzten Tage von Schleichers Regierungszeit einen direkten, freilich durchaus kontroversen Gedankenaustausch zwischen Kanzler und Gewerkschaftsführung. Für den angeblichen Versuch der SPD (und hier namentlich Breitscheids), diese Gesprächsbeziehung zu torpedieren, fehlt jeder zeitgenössische Beleg.

Dem Bemühen Schleichers, die NSDAP oder doch einen Teil derselben unter Gregor Strasser in das Regierungslager einzubeziehen, war hingegen keinerlei Erfolg beschieden. Das vielzitierte Konzept der Querfront blieb somit eine Schimäre. Das Programm einer öffentlichen Arbeitsbeschaffung, das der neu ernannte Reichskommissar Gereke vorlegte, fand ein überwiegend kritisches Echo und trug kaum dazu bei, die Popularität des Kabinetts zu erhöhen. Ein anderer, in der Literatur bisher wenig beachteter Vorstoß enthüllte die weitgehende Isolierung der letzten Präsidialregierung: Als das Kabinett sich Ende Dezember durch Notverordnung dazu ermächtigte, den deutschen Margarineherstellern die Beimischung von Butter zur Auflage zu machen, protestierte fast das gesamte Spektrum der Interessenverbände. Auch bei den landwirtschaftlichen Organisationen erwarb sich die Regierung mit der extrem protektionistischen Notverordnung keinen Bonus. Am 11. Januar 1933 kam es zum Eklat: Die Reichsregierung brach nach einer aggressiven Verlautbarung des Reichslandbundes die Beziehungen zu diesem landwirtschaftlichen Spitzenverband ab.

Zu einem politischen Wendepunkt wurde der 16. Januar 1933. An diesem Tag zog das Kabinett Schleicher die Konsequenzen aus der Tatsache, daß eine friedliche Verständigung mit der größten Partei, der NSDAP, nicht möglich war. Die Minister verständigten sich nunmehr auf *die* Lösung, die sie sechs Wochen zuvor mehrheitlich verworfen hatten: Der Reichstag sollte aufgelöst, die Neuwahl weit über die von der Verfassung vorgesehene Frist von 60 Tagen hinaus, nämlich bis in den Herbst 1933, verschoben werden. Das war das Programm des übergesetzlichen Staatsnotstands, zu dessen Vollzug sich der Reichspräsident bereits zweimal, Ende August und Ende November 1932, bereit erklärt hatte. Im Januar

1933 aber verweigerte sich Hindenburg. Er hatte Schleicher inzwischen fallengelassen und baute darauf, daß sein persönlicher Vertrauter Franz von Papen doch noch ein Arrangement mit Hitler zuwege bringen werde.

Über die tieferen Gründe für Hindenburgs Kehrtwendung äußerte sich der Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin von Krosigk in seinem Tagebuch: »Ich gewann aus alldem [gemeint ist ein Gespräch mit Papen am 28. 1., H. A. W.] den Eindruck, daß zu der seit dem August vorigen Jahres eingetretenen Trübung des Verhältnisses zwischen Hindenburg und Schleicher beim Reichspräsidenten hinzugekommen war der Groll über die ihm aufgezwungene Lösung [i. S. von Trennung, H. A. W.] von Papen, die von bestimmter Seite (Hugenberg, Papen, Stülpnagel) genährte Enttäuschung über die ihm wohl von Schleicher als sehr wahrscheinlich hingestellte, aber doch nur zum Teil (wohlwollende Neutralität des Zentrums und der Gewerkschaften) geglückte, stärkere Untermauerung des Kabinetts, der starke Eindruck der Kampfansage der Deutsch-Nationalen und der Landwirtschaft, der Ärger über die Angriffe gegen den Sohn [Oskar von Hindenburg, H. A. W.] und über gewisse unvorsichtige Äußerungen Schleichers (»Dank vom Hause Hindenburg«) sowie über die angeblich vom Kabinett nicht stark genug zurückgewiesenen Angriffe des Reichstags und der Presse wegen des »Osthilfeskandals« und der Erbschaftssteuersache Neudeck [Hindenburgs ostpreußisches Gut, H. A. W.] – kurz, es waren wohl eine ganze Menge sachlicher und persönlicher Momente zusammengekommen, die den in den letzten Tagen vielleicht sehr einseitig beeinflussten Reichspräsidenten zu seiner Haltung gegen das Kabinett Schleicher bestimmten.«

In den letzten Tagen des Kabinetts von Schleicher waren zwei Alternativen zur amtierenden Reichsregierung im Gespräch: ein von Hitler als Kanzler und Papen als Vizekanzler geführtes Kabinett, in dem die Konservativen in der Überzahl sein sollten, und ein »Kampfkabinett Papen–Hugenberg«. Es war diese zweite Lösung, die nahezu allgemein als die bei weitem gefährlichste angesehen wurde. Dieser Einschätzung gaben die industriellen Spitzenverbände und die Richtungsgewerkschaften Ausdruck, und auch Schleicher selbst war dieser Ansicht. Am 28. Januar erklärte der Kanzler in der vorletzten Ministerbesprechung seiner Amtszeit, ein Kabinett Papen–Hugenberg könne, »da es nun einmal die Stimmung der breiten Massen in stärkster Weise gegen sich haben werde, bald eine Staats- und eine Präsidentenkrise zur Folge haben.« Ein von Hitler geführtes Kabinett war aus Schleichers Sicht das kleinere Übel. »Die Schwierigkeiten würden vielleicht nicht so groß sein, wenn der Herr Reichspräsident sich bereit finden könnte, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.«

Es kann nach Lage der Dinge keinen Zweifel mehr daran geben, daß die Überlegungen in der Reichswehrführung, notfalls unter Anwendung von Gewalt Einfluß auf Hindenburg zu nehmen, auf die Abwehr eines deutschnationalen Kampfkabinetts und nicht auf die Verhinderung der Kanzlerschaft Hitlers zielten. Da der Führer der NSDAP über einen starken Rückhalt in den Massen verfügte, schien im Falle seiner Berufung das Risiko eines Bürgerkriegs geringer, als wenn Papen die Nachfolge Schleichers angetreten hätte.

Der Sturz Schleichers weist auffallende Parallelen zu dem Brünings im Mai 1932 auf. In beiden Fällen ging dem Kanzlerwechsel eine Kampfansage der Großagrarier und der Deutschnationalen an den amtierenden Regierungschef voraus. Die industriellen Spitzenverbände traten hingegen weder im einen noch im anderen Fall als treibende Kraft auf. Für die großen gesellschaftlichen Gruppen bemaß sich politischer Einfluß in der späten Weimarer Republik in erster Linie nach ihrer Chance, auf den Reichspräsidenten, den Inhaber der Schlüsselposition, einzuwirken. In diesem Sinne waren die ostelbischen Rittergutsbesitzer politisch mächtiger als die wirtschaftlich so viel stärkere Großindustrie.

Daß Schleicher scheiterte, war bis zu einem gewissen Grade auch von den Kräften mitverantworten, die ihn im Namen der Verfassung, aber ohne Rücksicht auf die verbliebenen Alternativen bekämpften. Das Zentrum und die Sozialdemokratie sahen im Aufschub von Neuwahlen nur einen Staatsstreich, nicht die letzte Möglichkeit, an der Kanzlerschaft Hit-

lers vorbeizukommen. Otto Braun war der einzige maßgebliche Sozialdemokrat, der bereit war, Schleicher bei einem Kampf gegen Hitler auch dann zu unterstützen, wenn dies die Verletzung von Verfassungsbestimmungen einschloß. Die Bedingung, die Braun an sein Angebot knüpfte, war allerdings für Schleicher nicht akzeptabel: Der formell weiterhin amtierende preußische Ministerpräsident wollte wieder in seine vollen Rechte eingesetzt werden, womit der »Preußenschlag« vom 20. Juli 1932 aufgehoben worden wäre.

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Prälat Kaas, schrieb am 26. Januar 1933 an Schleicher, »die Hinausdatierung der Wahl wäre ein nicht zu leugnender Verfassungsbruch, mit all den Konsequenzen rechtlicher und politischer Natur, die sich daraus ergeben müßten«. Aus dem derzeitigen Engpaß führe nicht der Verfassungsbruch hinaus, »sondern nur die ernsthafte und planvolle Rückkehr zu Methoden, welche die in der Verfassung beruhenden Möglichkeiten zu Herbeiführung tragfähiger Regierungskombinationen zu sinngemäßer Auswirkung bringen.«

Es spricht wenig dafür, daß Hindenburg Schleicher im Amt belassen hätte, wenn dessen Staatsnotstandspläne von Zentrum und Sozialdemokratie nicht zurückgewiesen worden wären. Aber es bleibt festzuhalten, daß in den einzigen Weimarer Verfassungsparteien, die noch zählten, bis zuletzt ein positivistischer Buchstabenlegalismus Trumpf war. Wie immer es um die Chancen bestellt war, im Herbst 1933 zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückzukehren: Der Kurs, den das Kabinett von Schleicher am 16. Januar 1933 beschlossen hatte, war die letzte Möglichkeit, den Weg in die Katastrophe noch aufzuhalten.

*Heinrich August Winkler, Freiburg i. Br.*

Thomas Schnabel, Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928 bis 1945/46 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 13), Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1986, 734 S., Ln., 48 DM.

Zeithistorische Arbeiten zur Landesgeschichte sind sehr häufig Darstellungen der Landespolitik. Sie konzentrieren ihr Interesse auf Regierung, Parlament oder Parteien, werten Kabinettsprotokolle und Ministerialakten aus, verengen ihr Blickfeld auf die Beziehungen zwischen Land und Reich oder zeichnen das föderalistische Eigenbewußtsein aus der Sicht von regionalen Spitzenpolitikern nach. Diesen methodischen Vorbildern folgt die Freiburger Dissertation (bei H. A. Winkler) nicht. Ihr Untersuchungsfeld sind vielmehr die einzelnen Kreise und Kommunen, also die Handlungsebene der Landräte, Gemeinderäte und Bürgermeister, aber auch der kirchliche Raum, der Bereich der Regionalpresse und die Betätigungsgebiete von nationalsozialistischen Kreisleitern, SA-Führern und anderen provinziellen Zaunkönigen der braunen Staatspartei. Durch diesen Standortwechsel will Schnabel die »bislang vorherrschende Geschichtsschreibung von oben« modifizieren, ergänzen und erweitern, jedoch nicht »durch eine Vielzahl unverbundener Geschichtsschreibungen von unten« ersetzen (S. 14). Angeregt wurde er ohne Zweifel durch das »Bayern-Projekt« des Instituts für Zeitgeschichte, das in insgesamt sechs Bänden der Frage nachging, wie der Nationalsozialismus sich als Wirkungs- und Erfahrungsgeschichte im alltäglichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Leben der Bevölkerung widerspiegelte und wo die Schnittlinien zwischen Anpassung, Verweigerung und Widerstand lagen. Diesem Programm einer Gesellschaftsgeschichte des politischen Verhaltens, das die Grenzen der nationalsozialistischen Omnipotenz aufzeigen will, sind zwei Drittel der umfangreichen Untersuchung gewidmet, die mit der Endphase der Weimarer Republik einsetzt und mit der unmittelbaren Nachkriegszeit abschließt.

Die Lektüre der mit vielen Fakten und Fallbeispielen angereicherten Arbeit ist nicht einfach, obwohl Schnabel stilistisch prägnant formuliert und in erzählerisch gehaltenen Textpassagen einzelne Ereignisse sehr anschaulich schildert. Die additive Aneinanderreihung